

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Aufmarsch der Industriekapitäne. Vorbereitung der Wahlen.

Was sich heute im Hause der Oper am Königsplatz abspielt, ist symptomatisch für die weitere Entwicklung der Verhältnisse im deutschen Unternehmertum. Die Großorganisation der Industrie hat sich mit der Vereinigung der Arbeitgeberverbände, die sogenannte kaufmännische Abteilung mit der scharfmacherischen zu einem Kongress zusammengesetzt. Der Reichsanwalt, der Arbeitsminister und der Wirtschaftsminister sind zu Gast geladen. Neben ihnen sah man Dr. Stresemann, Dr. Darrés, Luther, Defer, Graf Kanitz, die preussischen Minister v. Richter, Siering und Hirtfelder, den Chef der Heeresleitung General v. Seeckt, Oberbürgermeister Böhm und die bekanntesten Führer der bürgerlichen Parteien beider Parlamente. Außerordentlich zahlreich war auch das Militär mit einer Reihe von Befehlshabern vertreten.

Der frühere Krupp-Direktor und volksparteiliche Rechtsmann Dr. Sorge hielt die Begrüßungsansprache.

Wir leben die deutsche Zukunft dunkel und unsicher vor uns liegen. Nur ernsthafte Arbeit, festerer Wille, äußerste Sparsamkeit und nationale Geschlossenheit können uns vor weiterem Niedergang bewahren. Durch Stabilisierung unserer Währung und Schaffung der Goldnotenbank ist die Hoffnung auf Befriedung geträumt. Der angekündigte kaum merkliche Aufschwung kann aber nur fortgeführt werden, wenn

ausenpolitisch der auf uns lastende Druck gemildert

wird und wenn das deutsche Volk seine innere Zerrissenheit überwindet. Unsere Aufgabe ist es nicht, Schwierigkeiten und Unklarheit der politischen Lage zu behandeln. Aber es muß auch hier ausgesprochen werden, daß ohne rasche und klare Lösung der Reparationsfrage Deutschlands Wirtschaft in wenigen Wochen vor der schwersten Krise stehen wird. Im Vordergrund der Gefahren stehen die Ricum-Verträge, die untragbar sind. Es ist erklärlich, wenn von den erwarteten Vorschlägen der ausländischen Sachverständigen nicht allzu viel erwartet wird, obwohl zum ersten Male sich hier ein Gremium von als hervorragend bekannten Wirtschaftlern und getragen von dem festen Willen eine Lösung zu finden, mit der Frage beschäftigt. Vor optimistischen Erwartungen muß gewarnt werden. Die Industrie muß sich der drohenden neuen Belastung bewußt sein. Voraussetzung für die Aufnahme dieser Lasten muß sein, daß Umfang und Form nicht zu einer vollen Preisgabe der wirtschaftlichen Selbständigkeit Deutschlands führe. Die von uns geforderte Sicherheit kann also nur in einer ablässbaren Verpfändung, nicht in einer dauernden Enteignung gewährt werden. Zur Durchführung der mit den zu erwartenden Leistungen verbundenen Maßnahmen ist die Geschlossenheit des deutschen Volkes Voraussetzung. Wenn gesagt wird, daß die Industrie nicht apertwillig genug für intellektuelle Aufgaben sei, so ist das zu bedenken und zurückzuweisen.

Die gemeinsame Tagung der beiden großen Spitzenorganisationen soll für eine enge und verständnisvolle Zusammenarbeit eintreten. Staatsautorität, verständige Zusammenarbeit zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer, die großen kulturellen Aufgaben des gesamten Volkes — sind die drei Themen, deren richtige Behandlung für die Zukunft Deutschlands nach Lösung der außenpolitischen Fragen lebenswichtig ist. Die Gebiete der Sozialpolitik und der Wirtschaftspolitik überschneiden sich und greifen gleichzeitig auf das von allen Lebensfragen untrennbare politische Gebiet über. Sowohl die Sicherung der Staatsautorität wie die Zusammenarbeit von Arbeitgebern und Arbeitnehmern bedürfen bei uns in vielem der Besserung. Bei Zweifeln über den Weg sollte doch darüber eine einheitliche Auffassung sein, daß Meinungsverschiedenheiten nicht identisch sind mit Verschiedenheit der Meinung und der erstrebten Ziele. Wir müssen uns daran gewöhnen, in abweichenden Meinungen nicht ohne weiteres abweichende Gesinnung zu erblicken und uns bemühen, sachlich und vorurteilslos die Gedankengänge anderer zu prüfen. So werden wir viele Schärpen vermeiden und die Möglichkeit der Verständigung vergrößern.

Hierauf ergriff der

Reichskanzler Marx

mit lebhaftem Beifall begrüßt, das Wort und führte etwa folgendes aus:

Ich benutze gerne den Anlaß dieser bedeutungsvollen Rundgebung der gesamten deutschen Industrie, um einige Probleme zu erörtern, die mir als im Augenblick brennend und entscheidend für die Zukunft unseres Volkes besonders am Herzen liegen. Das Hauptproblem der gegenwärtigen Wirtschaftslage — darüber dürfte wohl nur eine Stimme sein — ist die Aufrechterhaltung unserer Währung; sie bildet den Ausgangspunkt eines jeden Wirtschaftsaufbaues. Mit ihr steht und fällt unsere Zukunft. Sie alle wissen, welche harte Notwendigkeit erforderlich war, um den Notbehelf gegen die Vernichtung unserer nationalen Existenz, gegen die furchtbare, von uns freilich nicht verschuldete Währungszerstörung aufzurichten. Niemand ist sich mehr bewußt, als das gegenwärtige Kabinett, daß es sich hier um einen unter dem Druck einander überlistender Ereignisfeld errichteten Notbehelf handelt, der nicht allen Anforderungen entspricht, der ohne Zweifel noch Mängel aufweist und der Ausbesserungen bedarf, sobald der Druck der Verhältnisse es zuläßt. Heute aber, wie von mancher Seite gefordert worden ist, jetzt wesentliche Veränderungen an dem zu errichtenden Bollwerk vornehmen zu wollen, das wäre nationaler Selbstmord. Keine der schwereren Verantwortung für das Geschick des Volkes bewußte Staatsleitung könnte ein solches Unternehmen zu lassen. Man hat auch im Ausland böswillig oder mit Kenntnis der Sachlage die Meinung verbreitet, die deutsche Regierung, die deutsche Industrie, habe den Zusammenbruch der Währung absichtlich herbeigeführt. Durch diese diabolischen Mittel scharren andere umgeachtete Reichtümer zusammen. Wer heute, nachdem der Rebel-

schleier der Inflation zerrissen ist, die Lage unserer Wirtschaft und des Staates prüft, der weiß,

was die Epoche des Währungszerfalls gekostet hat,

der kann nicht im Zweifel darüber sein, daß kein vernünftiger Mensch in Deutschland daran gedacht haben kann, uns zu solchen wahnwitzigen Methoden der Selbstentleerung zu treiben. Seit Kriegsende war unser aller Sinnen und Trachten die Aufrechterhaltung unseres nationalen Daseins, die Schaffung eines neuen lebensfähigen Reiches auf den Trümmern des alten. Wenn wir heute etwas aufzuatmen vermögen, wenn nach den langen Jahren schlagender Hoffnungen wieder etwas Zuversicht in die Zukunft in unsere Brust einziehen darf, dann ist es — und ich glaube da keinen Widerspruch zu erfahren — doch nur deshalb, weil es uns gelungen ist, wieder etwas festen Boden unter die Füße zu bekommen, weil

wir wieder mit Pfennigen rechnen können

und nicht mehr unterzugehen drohen im Strome der Billionenziffern. Wir haben noch einen langen schweren Weg zu gehen, ehe wir wieder aufatmen können. Kaum einige Wochen trennen uns noch von jenen entscheidenden Tagen, von dem schon der vereehrte Vorsitzende sprach, an dem der Bestand des Reiches vor neue Ungewißheit und Unruhe gestellt sein wird. Mit wehem Herzen, aber voll Stolz, gedenken wir unserer Brüder an Rhein und Ruhr. Deutsch ist das Land und deutsch, nur deutsch und echt deutsch sind seine Bewohner. (Lebhafter Beifall.) Dort schlägt das Herz der deutschen Wirtschaft, ohne daß Deutschland nicht leben und nicht arbeiten kann. Die Fragen, die dort der Lösung harren, und die damit verbundenen

Fragen der Reparation,

müssen endlich in Einklang mit den Forderungen der Vernunft und Gerechtigkeit entschieden werden, damit die Menschheit frei aufstehen und friedlicher Arbeit sich zuwenden kann. Das deutsche Volk aber ist wie immer seither gewillt, die aus dem verlorenen Kriege sich ergebenden Folgen bis zur Grenze der Leistungsfähigkeit auf sich zu nehmen. Von dieser Last aber haben wir alle unser schweres Teil zu tragen. Ich kann es verstehen, wenn das innere Gefühl manches guten deutschen Mannes sich aufbäumen möchte in dem Gedanken, daß diese Lasten ihren Ursprung nehmen aus der Lüge von der alleinigen Schuld Deutschlands am Weltkriege. (Lebhafter Beifall.) Wir müssen uns die Frage vorlegen, wie wir so sicher und schnell als möglich aus dieser wirtschaftlichen und politischen Erdbebenherauskommen, in die wir so tief verstrickt sind. Das Urteil jedes Einsichtigen wird dahin gehen müssen, daß

uns jede Gewaltanwendung nur noch tiefer in das Unglück

hineintreibt; denn mit Spazierschritten können wir nicht gegen Tanks und schwere Geschütze ankämpfen. Nur durch einen Appell an die wirtschaftlichen Vernunft der Welt, der sich auswirkt in schwierigen Verhandlungen über dasjenige, was Deutschland an Reparationen zu leisten vermag, können wir etwas erreichen. Von diesem Gedanken getragen, hat die Reichsregierung die Sachverständigenausschüsse in Paris durch Bereitstellung von Material und durch Entsendung von Auskunftspersonen zu fördern gesucht. Die Gerüchte, das ist ohne weiteres klar, wonach die Reichsregierung sich schon gebunden habe, sind unrichtig. Ich lege Wert darauf, hier festzustellen, und zwar nach allen Richtungen hin, daß wir den kommenden Sachverständigenarbeiten in voller Freiheit der Entscheidung gegenüberstehen. (Beifall.) So stehen wir

wieder vor neuen schweren Entscheidungen,

die vielleicht unser Volk in harte innere Kämpfe führen. Leicht ist es in den Tagen des Glücks, seinem Lande zu dienen, lobenswerter aber, in den Tagen der Drangsal es nicht zu verlassen. Mehr als je ist das deutsche Volk in seinen Existenzmöglichkeiten

auf eine blühende und leistungsfähige Industrie angewiesen. Keinen der Deckung des notwendigen inländischen Bedarfs gilt es, sondern Weltmarkt im friedlichen Wettbewerb zu ringen, um das, dessen wir bedürfen. Daß es ohne ein Höchstmaß an Leistungen an Kopf- und Handarbeit nicht zu erreichen ist, ist klar.

Nur mit dem innersten Widerstreben und nur in der Erkenntnis der Unabwendbarkeit hat die Regierung der Bevölkerung diese wie andere schwere Lasten auferlegt. Glaubt nun einer von ihnen, daß man draußen für uns in die Schranken treten würde, wenn wir durch Innehaltung des achtstündigen Arbeitstages nicht zu erfüllen vermöchten? Man soll die Schuld suchen, wo sie ist, nicht aber bei uns. Das deutsche Volk ist und bleibt eine Schicksalsgemeinschaft, in der alle Schichten auf gemeinsames Gedeihen und Verderb untrennlich miteinander verbunden sind. Wer diese Verbundenheit zu sprengen verucht, der handelt nicht im Sinne wahrer Volksgemeinschaft, auch nicht im Sinne seines eigenen wohlverstandenen Interesses; um eines kurzen Augenblickserfolges trägt er Zwietspalt in die Reihen seines Volkes, das im Daseinstampfe steht. Es geht um höheres, als um den Streit, wer Herr und wer Knecht sein soll.

Nach dem Kanzler sprachen noch Reichswirtschaftsminister Hamm und Reichsarbeitsminister Dr. Brauns.

Für die Republik, aber — gegen den Sozialismus.

Ueber Staat und Wirtschaft sprach der Staatsmann Generaldirektor Bögl: Die Industrie habe das größte Interesse an einem gesteuerten Staatswesen. (2) Wenn die Industrie eine politische Richtung verfolgt hat, so sei es die, die alten Grundsätze bewährter Wirtschaftsführung wieder herzustellen und in Einklang zu bringen mit den Lohn- und Arbeitsverhältnissen. Die kulturellen Einrichtungen und Aufwendungen, die Lage des Mittelstandes seien direkt abhängig von der Höhe der Produktion. Als die Produktion um 30 Proz. nach der Revolution sank, wurde ein Drittel unseres Mittelstandes arbeitslos, soweit er nicht im Verlaufe der Wirtschaft und des Staates verwannt wurde. Es könne also auch in Zukunft eine Besserung der Lage der Arbeiterschaft und des Mittelstandes nur davon erhofft werden, daß die Industrie ebenso wie die Landwirtschaft wieder voll in Gang käme und mit Ertrag arbeite. Es wäre verhängnisvoll, wenn es einer gewissen parteipolitischen Verheerung ginge, einen Sozialismus des Mittelstandes nach zu rufen. Diese Demagogie würde dem Mittelstande selbst und dem Vaterlande schwersten Schaden zufügen, so wie die sozialpolitische Hege der letzten dreißig Jahre endgültig zum schweren Schaden der Arbeiterschaft und unseres ganzen Volkes, die Wirtschaft eingeschlossen, ausgefallen sei. Das politische Interesse der deutschen Industrie sei in der Vorkriegszeit, wo der Staat die privatwirtschaftliche Ordnung anerkannte und den Schutz der nationalen Arbeit aufrecht erhielt, vor allem auf die Beilegung des sozialen Konflikts eingestellt gewesen. Die Parole des Klassenkampfes und des Klassenhasses habe keinen Endes den Zusammenbruch des Staates herbeigeführt. Die Industrie mußte zu den nachrevolutionären von der sozialistischen Tendenz beherrschten Staat in Opposition treten. Man wirft der Industrie vor, keine politischen Ideen gehabt zu haben. Aber die Grundvorstellung, die sie von Staat und Wirtschaft gehabt habe, habe sich als richtig erwiesen. Die Industrie werde den heutigen Staat freudig unterstützen, wenn der Staat den Kampf gegen den Klassenhass aufnimmt, das Volk von dem sozialistischen Wahn befreit, auf ein gegenseitiges Versehen der verschiedenen Berufe und Volksschichten hinwirkt und das Gefühl der nationalen Gefinnungsgemeinschaft fördert. Die Industrie lege den größten Wert gerade auf diese geistige Erneuerung unseres Volkes...

Kasperle-Theater in München.

Ludendorff will nach Walhalla.

München, 27. März.

Die Angeklagten haben ihren ursprünglichen Entschluß, auf das letzte Wort zu verzichten, wieder umgekehrt, nachdem Hitler eine große Rede angekündigt hatte. Beim Erscheinen im Gerichtssaal wurde Hitler lebhaft begrüßt; seine jüngeren Anhänger standen stramm, während die Damen mit den Taschentüchern winkten.

Oberleutnant Kriebel nahm als erster das Wort: Er sei in der schwersten Lage, da er seine Verteidigung am stärksten habe beschränken müssen. Die Staatsanwaltschaft hat auf meine Lage keine Rücksicht genommen. Wenn die Staatsanwaltschaft nach jeder gebührenden Sitzung behauptet, der Marsch nach Berlin sei nicht geplant gewesen, so ist das nur eine Geste.

Ich erkläre am Projehende feierlichst: der Marsch nach Berlin war vorbereitet.

Der Staatsanwalt hat behauptet, ich hätte mehr gewußt als ich gesagt habe. Ich bin als Angeklagter wehrlos und kann auch von den Mitteln nicht Gebrauch machen, die mir als Offizier gegen einen Feindlicher meiner Ehre sonst zur Verfügung stehen. Ich bin als Offizier in Ostpreußen schon im Feld gestanden, als die Altersgenossen des Herrn Staatsanwalts noch auf der Schulbank saßen. Für das, was ich am 8. und 9. November angeordnet, übernehme ich jede Verantwortung und bitte den Herrn Staatsanwalt, daß die Haftbefehle gegen meine Freunde aufgehoben werden. Was ich getan, halte ich für richtig. Ich würde es heute nochmals tun. Nur durch die Tat kann Deutschland geholfen werden.

Unsere Tat ist geschäftlich an der Lage und dem Wortbruch dreier ehrgeiziger Gesellen.

Vors.: Diesen Ausdruck rüge ich.

Darauf nahm Oberlandesgerichtsrat Böhmner das Wort: Ich habe ein gutes Gewissen und schade mir meiner Tat nicht. Was war denn das für ein Staat, der im November 1918 geschaffen wurde?

Ein Volksbetrug von Juden, Deserturen und bezahlten Landesverrätern ist verübt worden.

Diese Regierung ist keine von Gott gewollte Obrigkeit im christlichen Sinne, sondern es sind

Gewalthaber, wie die Franzosen am Rhein.

Exotische Machthaber sind diese rassenfeindlichen Gesellen. Der sogenannte Reichspräsident ist nicht vom Volk gewählt, sondern von einem Künzler auf den Thron gesetzt. Er hat hochverrat getrieben, wie ein Verfahren bemessen hat.

Vors.: Es besteht noch ein Verfahren gegen Dr. Gansler.

Böhmner: Man will das Verfahren vor willkürlichen Gerichten in Berlin aufziehen. Das ist ein Beweis mehr, daß es sich um Pseudo-Obrigkeit handelt. Diese Obrigkeiten waren nicht die Träger einer stillen Staatsidee. Ich weiß, wie hohe Staatsbeamte darauf bedacht waren, aus dem Volksbetrug Vorteile für sich herauszuschlagen.

Wer von den Bedienten ist denn bereit, für die neue Obrigkeit zu kämpfen und zu sterben? Ich habe diese Frage einem Ministerialdirektor in Berlin vorgelegt, ob er bereit sei, für den Chert-Frieden zu sterben. Das verneinte er und so ist diese Obrigkeit für mich erledigt. Ich befehle sie und habe diese Anweisung meinen Vorgesetzten sogar schriftlich gegeben, als man mich über den

Staatsgerichtshof und das Republik-Schutzgesetz befragte. Ich sollte vor dem Staatsgerichtshof erscheinen, vor dem Revolutions-Tribunal, dem ich keinen Gehorsam schulde. Ich habe das abgelehnt. Das Republik-Schutzgesetz ist nur unter der Falschheit der Volksworte durch den Druck der Strafe entstanden. Das Justizministerium, dem ich meine Auffassung unterbreitete, hat mein Fehlen vor dem Staatsgerichtshof entschuldigt. Was ich getan habe, tue ich jederzeit noch einmal.

Bors: Die Bezeichnung „Ebert-Freie“ ist beleidigend. Haben Sie das beabsichtigt? — **Böhner:** Ach nein, das ist so eine Redensart. Ich kann ja auch Freie Ebert sagen.

Der Angeklagte Oberamtmann Dr. Fried erklärte nochmals ausführlich, daß er nur seine Pflicht erfüllt. Dem Urteil seines Volkes sehe ich getroßt entgegen.

Dr. Weber behauptete: Das Unternehmen vom 8. November sollte im Sinne Kahrs, Lossows und Seifers durchgeführt werden. Nachdem die drei Herren das heute bestritten, zeige ich sie der schweren Sünde, daß sie uns nicht aufgeklärt haben. Das Blut vom 9. November fließt nicht an unseren Händen. Unser ganzes Sinnen und Trachten war darauf gerichtet,

Die Ketten zu sprengen, die uns erwürgten. Aber nicht durch papierne Proteste. Erst wenn wir unser Haus gesäubert, können wir uns eine neue Hausordnung schaffen. Dr. Weber betonte dann nochmals, daß die Mitglieder des „Oberland“ nichts gewußt, sondern nur ihm blindlings gehorcht hätten. Das Tragische am 9. November ist, daß deutsche Männerworte keine Geltung mehr haben, selbst wenn sie einem General Ludendorff gegeben sind. Deutschlands Jugend fragt, ob das noch ein Staat ist, an dessen Spitze Männer stehen, die ihr Vaterland Feinden in Ost und West in die Hände spielen wollen.

Deutschlands Jugend hat fünf Jahre gewartet. Sie wird nicht ruhen und ruhen, bis Deutschlands Ehre wiederhergestellt ist. Nicht durch Erfüllung, sondern durch das Schwert. Zwei Männer sind uns geblieben: Ludendorff und Hitler. Ich rechne es „Oberland“ als Ehre an, daß wir unsere Treue zu ihnen mit Blut besiegeln dürfen.

Hierauf erhob sich

General Ludendorff

und gab folgende Erklärung ab: Mein Verhalten in jenen tragischen Tagen liegt gradlinig und offen vor Ihnen. Das, was meine Freunde getan haben, kann kein Hochverrat sein. Wie es auch immer sein mag, ich bin stolz, das Schicksal dieser Männer hier teilen zu können. Kraft meines Rechtes als Angeklagter, kraft des historischen Rechtes möchte ich einige Worte aus dem Herzen zu Ihnen sprechen, aus dem Herzen eines Mannes, der mehr erlebt hat, als Sie alle hier im Saal. Man sieht in mir Tannenberg, man sieht in mir andere große Schlachten; man erblickt in mir den Vertreter des alten Heeres, an das sich ewiger Ruhm bindet. Was Sie aber nicht sehen, ist meine Lebensarbeit, ist mein Ringen und Kämpfen um die Zukunft des deutschen Volkes.

Vor 20 Jahren kam ich in den Großen Generalstab in Berlin und hatte Aufmarschpläne zu bearbeiten. Schon damals erkannte ich, daß wir nicht stark genug waren, für einen großen Krieg an mehreren Fronten. Am 21. März 1904 begann mein Ringen für mein deutsches Volk. 1912 kam die große Wehrvorlage, die für unser Schicksal entscheidend geworden ist. Uns fehlten drei Armeekorps. Meine Warnungen damals, daß wir den Kampf an mehreren Fronten ohne diese Truppen nicht aufnehmen konnten, drang nicht durch. Man war an maßgebenden Stellen in wirtschaftlichen Ermüdungen zu sehr befangen. Ich wurde aus dem Generalstab versetzt. Mein kommandierender General erhielt einen Kurierbrief, er sollte mir Disziplin beibringen, deshalb, weil ich nur für mein Vaterland kämpfte.

Die verantwortlichen Stellen sind sich damals ihrer Pflicht gegenüber Deutschland nicht bewußt gewesen.

Sie erzogen unser Volk nicht und ein nichterzogenes Volk muß untergehen. Dann kam der Weltkrieg.

Nachdem viel Gut und Blut vertan war, wurde ich berufen, an die Seite des Herrn Generalfeldmarschalls den Krieg zu führen mit einer Macht, die ich schon im Frieden für unzulänglich gehalten hatte. Ich verlangte, daß jeder Deutsche seine Pflicht tue, in der Heimat sowohl wie im Felde, und so kam das Hilfsdienstgesetz. Das Volk aber wurde wiederum nicht aufgeklärt. Es wandte sich gegen mich, der ich für meinen Ruhm kämpfte, weil ich mehr von ihm verlangte, als jemals von ihm verlangt worden war, weil ich vom Volke forderte, daß für seine Zukunft und seine Ehre kein Opfer zu groß sein dürfte.

Wieder waren die verantwortlichen Stellen ihrer Aufgabe nicht gewachsen.

Das Unglück kam. Jeder Deutsche hätte jetzt die doppelte Pflicht gehabt, seinem Vaterland zu dienen. Aber

nur in der völkischen Bewegung gab es Männer, die dazu bereit und geeignet waren. Die Angeklagten sitzen hier, meine Herren, vor Ihrem Richterstuhl. Aber sie sitzen auch vor dem Richterstuhl der Weltgeschichte. Die Weltgeschichte schickt Männer, die für ihr Vaterland gekämpft haben, nicht auf Festung, sondern sie

schickt sie nach Walhall.

Ich erhebe vor aller Welt nochmals meine Stimme und rufe Ihnen in ernstester Stunde zu:

Wenn die völkische Bewegung sich in Deutschland nicht durchsetzt, sind wir verloren für ewige Zeiten, denn vor uns steht ein Versailles und droht eine Verfallung an Frankreich. Wir werden ausgefrachten aus der Reihe der Nationen.

Hören Sie diesen Schrei der deutschen Seele nach Freiheit! Denken Sie, daß der Tag der Urteilsverkündung der 31. März auch der Geburtstag des Reichskanzlers ist, der sich auf Volk und Arme stützen konnte. Geben Sie diese Männer, die vor Ihnen sitzen, dem Volke wieder. Denn die Aufgabe dieser Männer ist es, das Volk zu erziehen. Nicht das Wort, nur die Tat kann Weltgeschichte machen.

(Große Bewegung im Zuhörerraum.)

Hierauf erhob sich

Wolff Hitler

das Wort: Der Staatsanwalt sagt: „Freilich war das, was im November 1918 geschah, die Verdrängung der Bundesfürsten durch den Rat der Volksbeauftragten, ein Verbrechen des Hochverrats. Mein damals ist die neue Regierung in kürzester Zeit im ganzen Reich durchgedrungen, die oberste Regierungsgewalt lag tatsächlich in der Hand der Volksbeauftragten und damit war der tatsächliche Zustand in einen rechtlichen Zustand umgewandelt.“ Wenn diese Theorie zur Wirklichkeit und zum Recht würde, dann würden die Fesseln Deutschlands nimmermehr gelöst werden. Macht ist niemals identisch mit Recht. Im April 1919 führte ein kleiner Haufen von verbrecherischen Seelen die Revolutionsregierung und richtete eine neue aus. Die Sowjetfahnen wurden hervorgezogen und die Männer setzen sich ohne Zweifel in den Besitz der tatsächlichen Macht. Trotzdem bestand diese Gewalt nicht zu Recht, und wenn die Sowjetgewalt ganz Deutschland und ganz Europa erfassen würden, einmal käme doch der Tag, an dem sie stürzen würden. Das gleiche finden wir in Ungarn. Was hat nun z. B. Bismarck im Verfassungskonflikt begangen? Er setzte sich hinweg über Verfassung, Parlament und die erdrückende Majorität und regierte gefügt nur auf die Machtmittel des Staates allein, auf das Heer, den Beamtenkörper und die Krone. Das wurde von der oppositionellen Presse als Verfassungsverstoß und Hochverrat bezeichnet. Was hat diese Tat Bismarcks legalisiert? Seine Tat wäre vielleicht auch Hochverrat gewesen, wenn nicht aus dieser Zeit heraus der Segen gekommen wäre, der das deutsche Volk zu seiner Einheit führte, zu seiner höchsten Vollendung und zur Freiheit. An dem Tage, an dem vor Paris dem deutschen Kaiser die Krone aufgesetzt wurde, war

der Hochverrat legalisiert.

Vor dem deutschen Volke ebenso wie vor der ganzen Welt. Wir haben jetzt neue Staatsstreiche in jüngster Zeit. Der türkische General Kemal Pascha widersetzt sich der Konstantinopeler Zentralregierung und ging soweit, daß er sogar die heilige Gewalt des Oberhauptes der muhammedanischen Religion ablehnte.

Diese Tat ist legalisiert durch die Erreichung der Freiheit für das türkische Volk. — Mussolinis Tat wurde durch die ungeheure Reinigungsarbeit in seinem Lande legalisiert. Die Legalisierung des Marsches nach Rom war an dem Tage vollendet, an dem Rom von den Erscheinungen des Marasmus seines politischen Lebens gesäubert war. Wie war es nun in Deutschland im Jahre 1918? Deutschland war damals nicht so elend und korrupt, daß die Revolution als Naturnotwendigkeit empfunden werden mußte. Der spätere sozialdemokratische Innenminister Heine hat erklärt, daß das alte Preußen und das ehemalige Reich unzweifelhaft die am saubersten regierten Länder der ganzen Welt gewesen sind. Kein Staat verfügte über eine so ehrenhafte Beamtenschaft, kein Volk besaß eine Armee in so hoher Ehrenhaftigkeit, wie das alte Reich. 26 Staaten haben sich bemüht, Deutschland zu Boden zu bringen und in vierzigjährigen Kriegen ist das nicht gelungen, ein Beweis, wie stark und kraftvoll dieses Reich war.

Nordwestdeutscher Spuk.

Von J. Kliche.

Bremen, der alle Hansestädte an der Weser, hat seine Affären. Obwohl mehr als sechshundert Kilometer von Rahr-Bayern entfernt, gibt man sich hierzulande doch allerlei erdenkliche Mühe, um ja mit der in Ludendorff-Alten vorherrschenden Stimmung konform zu gehen. Nachdem erst unlängst die aufgeschwemmten katholischen Gesellenvereine bei der Aufführung des „Rarr von Rosa“ ihren Protesttrüffel bei offener Szene arrangierten, haut nun auch der bremische Staatsanwalt in die gleiche Kerbe. Er ließ die Aufführung von Diebstahlmisdiebs „Kleiner Skavin“ dem Bremer Schauspielhaus verbieten und beschlagnahmte sogar die bereits ausgegebenen Rollenbücher. Und das, obwohl das Werk bereits auf anderen großen Bühnen aufgeführt und es zudem noch mit dem Kleinstpreis ausgezeichnet ist.

Das war doch gar zu toll; die linksstehende Presse schlug Alarm, und der Erfolg war, daß der Staatsanwalt auf die Durchführung des Verfahrens verzichtete, die erst angeklagte Anklage „wegen Verbreitung unsittlicher Schriften und Förderung der Unzüchtigkeit“ niederlegte und das Stück freigab. Hoffen wir, daß also demnächst die „Kleine Skavin“ unter gnädiger Erlaubnis der staatsanwaltlichen Obrigkeit den Bremern vorgeführt wird. Und wünschen wir dabei, daß nicht, wie bei dem Reherdrama Karl Neuraths, irgendein wohlorganisiertes Spuk im Zuschauerraum losgeht und die dort, eigentlich gar nicht ins Theater gehörende Beute das vorschriftsmäßige deutsche Aergernis nehmen.

Ueber der westdeutschen Theaterkultur schwebt übrigens ein eigenartiges Schicksal. So wurde beispielsweise im benachbarten Oldenburg diesen Winter ein halbes Jahr lang ein erbitterter Streit darum geführt, ob Wedekinds „Frühlingserwachen“ auf der dortigen staatlichen Bühne aufgeführt werden dürfe oder nicht. Der Direktor Wordo setzte sich lebhaft dafür ein, die katholischen und völkischen Kreise agitieren lebhaft dagegen, und der Erfolg? Nun, der Theaterauschuss, den es dort leider gibt, unterlagte die Aufführung! Aus Gründen der Sittlichkeit, versteht sich. Es kam sogar zu einem großen Krach deswegen, und der von allen Kunstfreunden geschätzte reformerische Theaterdirektor Wordo verließ die undankbare Stätte und ging nach Wien. Zwei Strömungen hatten sich während seines Wirkens unangenehm und geräuschvoll bemerkbar gemacht: die konfessionell-moderne und die dumm-völkische. Vor solchem Hegenbath mußte der Wadere schließlich kapitulieren.

Der Wechsel der Zeiten zeigt sich eben auch hier. Bremen wie Oldenburg waren einstmal freie Geistesstätten. Zufluchtsorte für anderswo vertriebene Geister. Doch diese Zeiten scheinen vorderhand vorüber zu sein. Und es pochte ganz in den dummdäuerischen Kram

hinein, als im vorigen Jahr schiedsrichtersfahrenden Lehrlingkollegen in den Landstuden sich gegen die Aufführung von Schillers „Kabale und Liebe“ vor Schülern aussprachen.

Mittendrin in dieser geistigen und politischen Atmosphäre aber steht — gleichfalls von Bremen bis Wilhelmshaven — ein schwerer Wirtschaftskampf Tausender von Arbeitern auf den Werften. Weil diese das errungene Gut der Novemberumwälzung, den Achtstundentag, nicht ohne weiteres preisgeben wollen, warfen die Unternehmer sie aufs Pflaster. Zu dem großen Heer der Arbeitslosen noch das Heer der Ausgeperrten! Und das in einer Zeit, in der jeder Rententmarkt-Broschen seinen Wert hat. In Wilhelmshaven sind die Deutschen Werke, bei denen es doch so etwas wie ein staatliches Interesse geben soll, während und rigoros vorangegangen. Bierzehnhundert Mann, Ernährer von Weib und Kind, stogen heraus, und ein jeder einzelne von diesen Bierzehnhundert erhielt durch Einschreibebrief die Kündigung bzw. fristlose Entlassung ins ärmliche Heim geschickt. Unter solchen Zeichen geh's in die kommenden Wahlen!

Amenophis, der Vierte.

Amenophis der Vierte (1375 vor Christi Geburt) verlegte seine Residenz von Theben nach El-Amarna. Er stürzte die alten ägyptischen Götter und führte den Sonnenkult ein. Gleichzeitig entwickelte sich eine neue ägyptische Kunst. Die Bildhauer und Maler lockerten die starre Linie der Tradition und begannen, das Detail möglichst naturgetreu nachzuschaffen. Diese Kunstströmung kam, obwohl sie an den späteren Stil der Griechen erinnert und obwohl sie die Grundzüge des europäischen Realismus zu befolgen scheint, dennoch nicht als „naturalistische“ bezeichnet werden. Denn sie wurde geboren — aus Religion, nicht aus Rationalismus. Ihre Naturtreue ist nicht aufrichtig, sondern fanatisch.

Das Staatliche Museum hat einen neuen Saal errichtet, in dem die Kunstwerke der El-Amarna-Zeit aufgestellt sind. Die meisten dieser Werke, die man der Deutschen Orientgesellschaft, den Forschern Ludwig Borchardt und James Simon zu verdanken hat, lagern leider noch in Schuppen in Charlottenburg. Immerhin enthält der neue Saal die kennzeichnendsten Stücke jener Zeit: das Köpfchen der belamten Königinmutter Teje; das Figürchen Echnatoos, des Königs; einen Deckstein, auf dem König und Königin beim Rauche zu sehen sind; den Deckstein eines syrischen Söldners; ein bemaltes Gipsbild, das Schilf mit Enten darstellt, wohl die Dielenmalerei eines ägyptischen Palastes; die Tafel eines Brinzeinsamensarges und viele andere im Grabungswinter 1912 und 13 und später aufgefundenen Zeugen einer ungemäßen zarten Kunst und einer vollendeten Technik, die uns beweisen, daß die Stillfertigungskunst der Ägypter nicht aus dem Mangel handwerklicher Vollkommenheit zu erklären ist, sondern aus bewußter künstlerischer Weltanschauung.

Es ist lehrreich, den El-Amarna-Saal, der am 1. April dieses Jahres eröffnet wird, zu besuchen, seine Werke zu genießen und jene große Zeit eines großen Absolutismus mit den „großen Zeiten“

Es war keine Veranlassung vorhanden zu einer Revolution. Wenn wir fragen, ist die Revolution gelungen, so müssen wir prüfen, was die Revolution gewollt hat. Die Revolution hat dem deutschen Volk ein Leben in Schönheit und Würde, sie hat ihm weniger Arbeit versprochen. Man predigt den Kampf gegen die überstaatliche Macht des internationalen Kapitals. Davon aber ist nichts in Erfüllung gegangen. In diesem Saal stand ein General des neuen Reiches. Er mußte betonen, daß das Verlangen der neuen Gewalt auf wirtschaftlichem Gebiet so entschlossen gewesen sei, daß die Massen auf die Straße getrieben wurden, und er mußte weiter betonen, daß die Soldaten nicht mehr auf ihr Volk schießen wollten. Ein verächtlicheres Urteil kann man wohl nicht fällen.

Wirtschaftlich ist die Revolution zu einem ungeheuren Unglück geworden.

Die größten Ernährungsgebiete unseres Volkes gingen verloren und

in hochverratlicher Weise hat man Gebiete, die für die Ernährung der Nation notwendig sind, veräußert.

Es kam ein Befriede auf unsere Kosten. Es kam die Abrüstung — aber nur für Deutschland, das Selbstbestimmungsrecht wurde jedem Renegatstamm zugebilligt, aber Deutschland oilt nicht einmal als Regierstamm. Es kam ein Völkerbund, der jedoch nur der Garant für die Erfüllung des Friedensvertrages, nicht für eine kommende bessere Weltordnung war.

Die französische Kabinettskrise.

Eine Erklärung Millerands.

Paris, 27. März. (WIB.) Der „Matin“ ist ermächtigt, folgende Erklärung des Präsidenten Millerand über die Krisis wiederzugeben: Die großen Linien der französischen Politik können auf keinen Fall aus einem anderen Grunde, als dem klar ausgedrückten Wunsch des Landes geändert werden. Der Präsident der Republik hat das feste Vertrauen, daß Poincaré ein neues Kabinett bilden wird, das eine Politik der Festigkeit nach außen und eine Politik der Ordnung und der Sparlichkeit nach innen fortsetzen wird. Was die auswärtige Politik betrifft, so kann Frankreich das Ruhrgebiet nicht räumen, bevor es vollkommene Reparationszahlungen (payment total) erlangt hat. Was die innere Politik betrifft, so mußte Frankreich das Gleichgewicht im Budget herstellen, eine Anleihe aufnehmen, keine Ausgaben machen, die nicht durch Einnahmen gedeckt sind. Wenn es — was freilich eine Eventualität wäre, die der Präsident der Republik nicht ins Auge faßt — Poincaré vielleicht nicht möglich wäre, ein Ministerium zu bilden, dann könnte der Staatschef nur ein Kabinett bilden, das fest entschlossen ist, die allgemeine Politik des Landes nach den angeführten Linien weiter zu setzen. Für den Fall jedoch, daß das Land sich einer Fortsetzung dieser Politik gegenüber feindlich verhalten würde, würde der Präsident der Republik, was ihn selber betrifft, unverzüglich die Konsequenzen ziehen, die er für angebracht hält.

Poincarés Niederlage.

London, 27. März. (WIB.) „Westminster Gazette“ schreibt, Poincaré habe eine ernste Niederlage erlitten. Sollte er sich aus der politischen Arena zurückziehen, so werde Aussicht sein, daß die französische Politik im Ruhrgebiet und in der Frage der Rheinlandbesetzung sowie hinsichtlich der separatistischen Komödie sich mehr dem gefunden Menschenverstand annähern werde. Auch „Daily Herald“ glaubt, daß in sechs Wochen der Völk National, dessen Politik Europa solchen Schaden zufügt, einer vernünftigeren Kombination Platz machen werde; im übrigen werde aber, schreibt das Blatt, die künftige Politik Frankreichs von der Haltung der deutschen Wählerschaft abhängen.

Kein polnisch-tschechischer Geheimvertrag. Das polnische Ministerium des Aeußern dementiert die von der ausländischen Presse verbreiteten Meldungen von einem angeblich am 31. August 1922 abgeschlossenen Geheimabkommen zwischen Polen und der Tschechoslowakei. Ein Geheimabkommen zwischen diesen Ländern bestehe nicht.

unserer europäischen Tyrannen zu vergleichen. Man denke nur beim Anblick eines kleinen Gipsmodells des Bildhauers Tzoumofis an die Berliner Siegesallee und vergleiche den Amunsmaj Amenophis mit dem Rüstträger Wilhelm II.: und man wird feststellen, wie's erschütternden Niedergang die Monarchen seit 1870 vor Christi Geburt genommen haben.

Gegen den Boykott französischer Bühnenwerke. Der Vorstand der Volkstheater G. A. hat beschlossen, durch seinen Vertreter im Verwaltungsrat des deutschen Bühnenvereins den Antrag stellen zu lassen, daß die vom deutschen Bühnenverein keinerlei durchgeführte Sperre gegen französische Bühnenwerke baldigst wieder aufgehoben wird.

„Vom anderen Ufer“. Die drei Einakter von Felix Salten, die unter dem gemeinsamen Titel „Vom anderen Ufer“ im Deutschen Theater neu in Szene gesetzt wurden, sind literarisch belanglos. Sie erbieten jedoch Schmitz und Kraft durch das prächtige Spiel Albert Bassermanns, der die Hauptrollen in den drei Stücken verkörperte. Ob als einsamer Pseudo-Graf, der seinen abeligen Verwandten die Leviten liest, oder als zarter weidmütiger Freier, der mit seinem korrekten Schwager Abrechnung hält, oder als wieder zum Leben auferstandener alter Junggeselle, der kurz vor dem befristeten Tode seine frühere Geliebte heiratet und sich nun aus den entzündeten Bewidlungen nicht reiten kann — überall rühre Bassermann durch seine reise Kunst an die Herzen des Publikums und verhalf der Aufführung zu einem starken Erfolg.

Die Flucht des Tschai-Camas. Neben dem Dschai-Cama ist der Tschai-Cama der höchste religiöse Würdenträger in Tibet. Der Lehre nach sind sie beide die Verkörperungen Buddhas, aber in Wirklichkeit besitzt der Dschai-Cama eine größere weltliche Macht und er sucht sein Ansehen zu vergrößern, indem er den Tschai-Cama immer mehr in den Hintergrund drängt. Diese Nebenbuhlerschaft der beiden Priesterherrscher hat nun für den Tschai-Cama zu einer so schwierigen Lage geführt, daß er sich dieser durch die Flucht entziehen hat. Nach Meldungen englischer Blätter sah er aus seinem Kloster zu Tschai-Chuano, 300 Kilometer von Lhasa, in aller Heimlichkeit und schlich sich verkleidet durch das Land, von wenigen Getreuen begleitet. Er war dabei verschiedenen gefährlichen Abenteuern ausgesetzt. Als die Kunde von seiner Flucht in Lhasa bekannt wurde, erhielten sämtliche Beamten den Befehl, ihn an der Weiterreise zu verhindern, doch glückte es ihm, den Verfolgungen zu entgehen; er überschritt glücklich die Grenze von Tibet und befand sich nun auf englischem Gebiet in Sicherheit. Seine Reise ging nach Kalkutta und von dort ist er zu Schiff nach China abgefahren; er hat die Absicht ausgesprochen, Unterkunft in einem buddhistischen Kloster in Peking zu suchen.

Tulars Totenmaske. Prof. August Kraus hat von dem verstorbenen Geliebten der Tschai-Camas, dem Tular, die Totenmaske und die rechte Hand abgeformt.

Paul Coster, Viktoriastr. 35, eröffnet am 31. März eine Sonder-Ausstellung neuer Landstättbilder (Ansichten aus Potsdam, Neubabelsberg und Bannick) von Ulrich Kühner. Außerdem wird eine Reihe plastischer Arbeiten von Christa Winloer-Satany gezeigt.

Der „Verrat“ in Nord-Schleswig. Bei den dänischen Reichstagswahlen.

Auch in Dänemark stehen bekanntlich Reichstagswahlen bevor, an denen die Bewohner der abgetretenen Teile Nord-Schleswigs teilnehmen. Dort kandidiert neben dänisch sprechenden Kandidaten, darunter dem Sozialdemokraten J. P. Nielsen, auch ein deutscher Kandidat, der bisherige Abgeordnete im Kopenhagener Reichstag, Pastor Schmidt-Wodder. Die sozialdemokratische „Flensburger Volkszeitung“ hat die Parole für Nielsen herausgegeben. Darüber große echte oder gefälschte Wut der deutschnationalen Presse. Beschrei über Vaterlandslosigkeit und Verrat.

Die deutschnationalen Presse verschweigt, daß Genosse J. P. Nielsen ein Mann ist, der sich durch die großzügig organisierte deutsche Kinderhilfe den Dank des ganzen deutschen Volkes verdient hat, ein Menschenfreund und großer Stils und der Vorkämpfer der internationalen Gerechtigkeit. Wir sind überzeugt, daß das Gebiet, für das Genosse J. P. Nielsen kandidiert, sich nur beglückwünschen kann, wenn es wirklich diesen ausgezeichneten Mann zum Vertreter im dänischen Reichstag erhält, und wir sind weiter überzeugt, daß die berechtigten Interessen der dänischen Staatsbürger deutscher Zunge in ihm den wirksamsten Vertreter finden werden.

Wir möchten die Gelegenheit nicht vorübergehen lassen, ohne darauf hinzuweisen, wie sehr die deutschnationalen Presse durch ihre Hege gegen alles, was dänisch ist, auch gegen die dänischen Sozialdemokraten, die Interessen des deutschen Volkes schädigt. Ginge es nach ihr, so müßten wir mit dem stammerwändigen Dänenvolk in Lofkeindschaft leben, und würden wir dieses kleine, aber politisch wichtige Land in die Bundesgenossenschaft aller auswärtigen Gegner Deutschlands zwingen. Die als „Vaterlandslosigkeit“ und „Verrat“ verschrieene sozialdemokratische Politik in Nord-Schleswig ist hundertmal einseitiger und den Interessen Deutschlands zuträglicher als die deutschnationalen Hege gegen die Dänen.

Die Deutschnationalen sind freilich Patrioten eigener Art. Für einen schönen Wahlschwundel gegen die Sozialdemokratie geben sie gern und fröhlich alle wirklichen „pötkischen Belange“ hin.

Zeigner-Prozess.

Die Fortsetzung der Plädoyer.

Nachdem Dr. Frank gestern am Schluß seiner Verteidigungsrede noch an die Gefühle des Gerichts appelliert hatte, erwidert Dr. Zeigner heute morgen das Wort zur trockenen juristischen Analyse der einzelnen Dr. Zeigner zur Last gelegten Fälle. Er behandelte sie mit Gründlichkeit und peinlicher Genauigkeit. Er betonte, daß

von den elf zur Untersuchung gelangten Fällen nur vier übrig geblieben seien.

Für diese vier Fälle aber ist Vorsicht gegenüber den Zeugen gegeben, die unvereidigt geblieben sind und nur durch einen Zufall vorläufig nicht auf der Anklagebank sitzen. Hinsichtlich des Falles der Aktienvernichtung beschäftigte sich der Verteidiger eingehend mit der Frage der Verjährung. Neben dem von Dr. Frank gestern angeführten Moment, daß es nicht die Absicht des Befehlgebers gewesen sein könnte, einen Abgeordneten in dieser Beziehung schlechter zu stellen als die sonstigen Bürger, kommt auf der Anklage hinzu, daß der Fall Zeigner sich von allen ähnlichen Fällen dadurch unterscheidet, daß hier der Anklagebehörde von diesem Verbrechens nichts bekannt gewesen ist und sie daher nicht die Genehmigung für die Aushebung der Strafverfolgung des Abgeordneten nachsuchen konnte. Der Lauf der Verjährung ist überhaupt nicht unterbrochen worden. Außerdem steht die Reichsgerichtsentcheidung, die die Unterbrechung der Verjährung behandelt, einige Jahrzehnte zurück. Der Verteidiger zweifelt nicht daran, daß, wenn das Reichsgericht vor einer neuen Entscheidung stehen würde, es in der Sache anders entscheiden würde. Im Falle Trommer liegt nichts anderes als eine unverschämte Betrügerei durch Möbius vor. An Hand der einzelnen Indizien, die vom Staatsanwalt gegen Dr. Zeigner ins Feld geführt worden sind, weist der Verteidiger nach, daß Dr. Zeigner mit der ganzen Sache nichts zu schaffen habe. Wenn auch der Standpunkt des Gerichts in der Entwicklung Dr. Zeigners ein anderer sei als der der Verteidigung, so muß das Gericht trotzdem sagen, daß Dr. Zeigner, wo er im Laufe der Verhandlung als Persönlichkeit in Erscheinung getreten ist, unmissverständlich seine erste Amishandlung in der Eigenschaft eines Justizministers einen Erpressungsversuch vorzunehmen imstande gewesen wäre.

Im Falle Friedrichsen und Brandt ist Dr. Zeigner der Annahme eines Geschenkes für eine pflichtwidrige Handlung angeklagt. Im Falle Brandt hat Dr. Zeigner aber innerlich nicht ein Geschenk annehmen wollen und nicht angenommen. Für Brandt konnte es allerdings den Anschein einer Annahme gehabt haben. Selbst die Uebergabe der 7000 Mark nach Befundung Dr. Zeigners als Schmelzgold an Möbius nach dem Empfang des Geldes im Café war nicht eine Befugung über das Geld seitens eines Eigentümers, sondern eine Verlegenheitshandlung, bedingt durch eine momentane Verwirrung und Entschlossenheit. Das zweite betreffende Moment auf den Brandtschen Grabmalen konnte ihm in der Hast der Arbeit unterlaufen sein. Die Begräbnisgebühr selbst lag vollkommen in der Linie der vom Dezernenten und der Gnadenabteilung geübten Praxis. Im Falle Friedrichsen liegen die Dinge noch klarer. Dr. Zeigner hat keinen Augenblick sich als Eigentümer der Brillanten betrautet. Er hat die Schmuckstücke bei der ersten Gelegenheit Möbius zurückgegeben. Wenn Frau Zeigner das Gold angesetzt oder Dr. Zeigner den Ring aufgesetzt hätten, dann wäre es etwas anderes gewesen. Daß die Begräbnisgebühr durch den Dezernenten und Referenten abschätzig bedingt worden ist, spricht nicht gegen Dr. Zeigner. In diesem Falle hat der

Leiter der Abteilung, Geheimrat Kunze, die Begründung für die Begräbnisgebühr geschrieben.

Eine Beeinflussung durch das Geschenk hat also nicht stattgefunden. Schließlich zur Frage Schmidt: Dr. Zeigners Behauptung, daß er das Futter bezahlt habe, ist nicht widerlegt worden. Die Handlungen Dr. Zeigners in diesem Falle sind überhaupt nicht die Amtshandlungen eines Ministers gewesen. Es ist das Interesse einer Privatperson für die Sachen.

Kommunistische Beklemmungen.

Die gestern von uns wiedergegebenen Äußerungen Trojks über die Politik der englischen Arbeiterpartei haben die „Rote Fahne“ in die größte Verlegenheit veretzt. Sie erklärt, daß sie momentan nicht in der Lage sei, festzustellen, ob das Interview gefälscht sei. Wir können das Berliner Rubelblättchen über diesen Punkt beruhigen. Das von uns wiedergegebene Telegramm der „Prager Presse“ stimmt fast wörtlich mit den entsprechenden Absätzen des Interviews Trojks überein, das in Nr. 67 der Moskauer „Pravda“ vom 23. März abgedruckt ist. Das Moskauer Zentralorgan veröffentlicht das Interview ohne ein Wort der Kritik, die „Rote Fahne“ jedoch beizt sich, um ihren Eifer darzutun, ihrem bisherigen Abgott Trojks Gefährlichkeit zu verleihen. Wie wird sie sich jetzt aus der Situation herauslösen?

Die Mietzinsbildung in Preußen.

Ueber die Mietzinsbildung in Preußen ist vom Wohlfahrtsministerium der bereits angekündigte Entwurf, der heute den Staatsrat beschickten wird, fertiggestellt. Aus den Bestimmungen des Entwurfs hervorzuhelien: Bei der Berechnung der Miete ist vom 1. Juli 1914 auszugehen (Friedensmiete). Wenn auf den Mietzins vertraglich oder ortsüblich übernommene Nebenleistungen und Verpflichtungen von Einfluß waren, so sind diese in Geld zu veranschlagen und bei der Bemessung der Friedensmiete zu berücksichtigen. Im Streitfalle entscheidet das Mieteinigungsamt. Die Gemeindebehörde kann auch einen Hundertsatz der Friedensmiete hierfür allgemein bestimmen. Von der Friedensmiete sind abzuziehen:

1. für die Heizstoffe für Sammelheizung 9 v. H.,
2. für die Heizstoffe für Warmwasserversorgung 3 v. H.

Ferner sind abzuziehen: Vergütungen für Nebenleistungen des Vermieters, wie Bereitstellung von Wasserkraft, Elektrizität, Dampf, Prehlust u. dgl. sowie für Spiegelglasversicherung usw., ferner Vergütungen für sonstige von der Gemeindebehörde zu bestimmenden Nebenleistungen (z. B. Fahrstuhlbenutzung). Wird auf Grund des § 2 Abs. 4 des MVO. der ortsübliche Mietzins festgelegt, so ist er durch Vergleich mit dem Mietzins zu ermitteln, der für die mit dem 1. Juli 1914 beginnenden Zeit in der Gemeinde für Räume gleicher Art und Lage regelmäßig vereinbart war. Die Festlegung lediglich auf Grund des abgeschätzten „Bauwertes vom 1. Juli 1914“ oder auf Grund einer Abschätzung ohne Rücksicht auf die für die Räume gleicher Art und Lage vereinbarten Mieten oder für die Aufstellung von Durchschnittspreisen für das Quadratmeter benutzter Fläche ist unzulässig. Die gezeichnete Miete besteht grundsätzlich aus Hundertsätzen der Friedensmiete; das Nähere wird durch besondere Erlasse bestimmt. Hat ein Mieter die sogenannten Schönheitsreparaturen in seinen Mieträumen übernommen, so ist er berechtigt, den für laufende Instandsetzungsarbeiten bestimmten Teil der Miete um einen vom Wohlfahrtsminister zu bestimmenden Hundertsatz der Friedensmiete zu kürzen. In diesem Falle ist er verpflichtet, die Schönheitsreparaturen auf seine Kosten ausführen zu lassen. Die vorgenannten Nebenleistungen, wozu auch die Anfuhrkosten der Heizstoffe gehören, sind getrennt von der gezeichneten Miete zu berechnen. Soweit Nebenleistungen nur bei einzelnen Mietern entstehen, haben nur diese sie zu tragen. Die Kosten des Fahrstuhlbetriebes sind mangels anderweitiger Vereinbarung nach dem Ver-

hältnis der Friedensmiete umzulegen, sofern nicht alle Mieter, die an den Fahrstuhl angeschlossen sind, auf die Benutzung verzichten. Die Bewohner des Erdgeschosses können zu diesen Kosten nicht herangezogen werden, wenn sie den Verzicht auf die Benutzung des Fahrstuhls dem Vermieter gegenüber erklärt haben.

Die Kontrolle der Mietervertretung.

Der Vermieter hat in der Zeit vom 1. bis 10. Februar und vom 1. bis 10. August der Mietervertretung oder, wenn eine solche nicht besteht, den Mietern auf Verlangen die Verwendung der Gelder für laufende Instandsetzungsarbeiten nachzuweisen. Erfüllt der Vermieter diese Verpflichtung nicht oder befindet er sich mit der Ausführung notwendiger laufender Instandsetzungsarbeiten in Verzug, so hat auf Antrag der Mietervertretung oder eines Mieters die Gemeindebehörde festzustellen, ob laufende Instandsetzungsarbeiten notwendig sind, und bejahendenfalls das zur Sicherung der Ausführung solcher Arbeiten Erforderliche zu veranlassen. Die Berechnung der Kosten der Heizstoffe für Sammelheizung und Warmwasserversorgung soll nach Quadratmetern der beheizten Fläche erfolgen; die Wahl eines anderen Maßstabes durch die Gemeindebehörde ist zulässig.

Die Untermiete ist in der Weise zu berechnen, daß zunächst der Gesamtbetrag der gezeichneten Miete festzustellen ist, die der Untervermieter selbst für den leeren Raum zahlt. Dazu kommen dann die Zuschläge für die Ueberlassung von Einrichtungsgegenständen, Beleuchtung, Heizung, Bedienung, Hergebe der Wäsche usw. nach näherer Anordnung der Gemeindebehörde. Die Festsetzung von Zuschlägen zur Hauptmiete wegen Untervermietung ist unzulässig. Jeder Mieter ist berechtigt, die Wahl einer Mietervertretung zu betreiben. Jede Mietpartei hat eine Stimme. Die Mieter von Mieträumen mit Sammelheizungen bzw. Warmwasserversorgung haben eine Mietervertretung von 1 bis 3 Personen zu wählen. Bei Beschaffung, Vagerung und Verwendung der Heizstoffe hat die Mietervertretung ein Mitwirkungs- und Aufsichtswort. Im Streitfalle entscheidet das Mieteinigungsamt. Besitzt ein Vermieter die notwendigen Heizstoffe nicht rechtzeitig, so ist die Mietervertretung nach Ablauf einer Frist befugt, die Heizstoffe einzukaufen und an dazu bestimmten Stellen des Hausgrundstückes zu lagern. Der Vermieter kann einen nach Anhörung der Gemeindebehörde zu zahlenden Vorbehalt für die Heizstoffe nur dann erheben, wenn die Mietervertretung das für die Heizstoffe erforderliche Einkaufsgeld nicht selbst aufbringt.

Auftakt zur Wahlbewegung.

Die gestern in Groß-Berlin stattgefundenen Kreismitgliederversammlungen unserer Partei bildeten durchweg einen ausgezeichneten Auftakt zur beginnenden Wahlbewegung. Die Versammlungen waren überall gutbesucht und von dem einheitlichen Willen erfüllt, alle Kräfte der Partei für den bevorstehenden Wahlkampf zusammenzufassen. Eine Auffassung beherrschte die Versammelten, und zwar die, daß die Zeit der inneren Auseinandersetzungen jetzt vorüber ist und daß es, unbeschadet dieser oder jener Meinungsverschiedenheiten, jetzt darum geht, in einheitlicher Front den Gegnern von rechts und links entgegenzutreten und dem von der Partei in allen Fragen der inneren und äußeren Politik vertretenen Standpunkt, der allein den Interessen der deutschen Arbeiterklasse entspricht, Geltung zu verschaffen.

Die Ausführungen der Referenten in den gestrigen Versammlungen waren im großen und ganzen auf diesen Ton gestimmt. Einheitliche Zusammenfassung aller Kräfte der Partei, Aufstellung der abseits Stehenden, geschlossene Abwehr der Demagogie von rechts und links, Aufdeckung der Sünden der bürgerlich-kapitalistischen Parteien, intensifste Vorbereitung für die Idee der Demokratie und des Sozialismus — das sind die großen Aufgaben, die allen Mitgliedern der Partei, Männern und Frauen, in den nächsten Wochen bevorstehen. Die begeisterte Zustimmung, die die Ausführungen der Referenten bei den Versammelten fanden, zeigte, daß die Kerktruppen der Partei in Groß-Berlin zum Wahlkampf aufmarschiert sind und den festen Willen haben, für das, was sie als richtig und notwendig anerkennen, mit aller Kraft und Entschiedenheit zu kämpfen.

Herabsetzung der Radio-Gebühren.

Monatlich zwei Mark.

Die Reichstelegraphenverwaltung ist jetzt im Begriff, die lang erwarteten grundlegenden Änderungen auf dem Gebiete des Funkwesens in eine feste Form zu fassen. Es ist beabsichtigt, die Teilnehmergebühr ganz erheblich herabzusetzen, und zwar soll sie im Jahr 24 Mark betragen, zahlbar in monatlichen Raten à 2 Mark. Rohrenempfänger sollen nur von behördlich zugelassenen Firmen bezogen werden, können aber auch von Amateuren gebaut werden, wenn der Betreffende einem der zugelassenen Amateurreine angehört. Außerordentlich begrüßenswert für die große Masse ist die Bestimmung, daß Bau und Ausstellung der sogenannten Detektorapparate ganz freigegeben werden.

Es ist zu hoffen, daß die endgültigen Bestimmungen bald herauskommen, wobei sich in Kürze ein ungeheurer Aufschwung des gesamten deutschen Funkwesens ergeben dürfte.

Für die Alten.

Die Altershilfe der Jugend läßt zum Sonntag, 30. März, vormittags 11 Uhr, in den Arenarosa des Berliner Rathauses zu einer Festschunde. Es wirken mit: Gertraud Esholm, Genia Sulzowicz von der Staatsoper, Otto Laubinger vom Staatstheater, Erna Fiedig, am Flügel Edmund Weisel vom Philharmonischen Orchester und Walter Lange. Der Einlaß erfolgt gegen freiwilligen Beitrag am Souleingang. Karten für reservierte Plätze sind bei A. Wertheim vorher erhältlich. — Die Altershilfe der Jugend will einmal 100 von ihr Betreuten und 50 Greisen aus dem Obdach einen guten Kunstgenuß vermitteln, zum anderen soll der durch Rosenverkauf und Sammlung erzielte Gewinn Ausbau und Weiterführung des Wertes der Jugend für das Alter ermöglichen. Um die ganze Einnahme der Altershilfe zuzuführen zu lassen, sind die Einkommen von allen Stellen niedergeschlagen zu werden. Keiner der Mitwirkenden hat ein Honorar verlangt. Die „Vorwärts“-Druckerei hat sämtliche Plakate, die in den Straßenbahnwagen und an den Lifschäulen umsonst angebracht wurden, kostenlos hergestellt. Rudolf Wolfe stiftet Eintrittskarten und Programme, die Firma Beschlein stellt den Flügel zur Verfügung und das Vog-Haus gibt die Anfertigung der Festschunde draht- und kostenlos weiter.

Der Fall Fedler.

Die Charlottenburger Bezirksversammlung beschäftigte sich gestern in der Hauptsache in einer Anfrage mit dem Fall des Stadterordneten Fedler. Bürgerliche Fraktion, dem zur Last gelegt wurde, daß er sein Ehrenamt als Mitglied der Wohnungskommission zu geschäftlichen Zwecken mißbraucht hat. Obgleich einwandfrei die Debatte ergeben hat, daß Herr Fedler einen Unterschied zwischen seinem Ehrenamt und seinem Beruf als Architekt nicht zu machen imstande ist, waren seine Parteifreunde nicht in der Lage, die notwendige Konsequenz zu ziehen. Die nächste Bezirksversammlung wird sich daher nochmals mit der Angelegenheit zu beschäftigen haben, wenn nicht inzwischen die Fraktion, der Herr Fedler angehört, das Ihrige zur Erledigung des Falles unternimmt.

Die Not des proletarischen Kindes. Am Dienstag, 1. April abends, finden in folgenden Lokalen öffentliche Versammlungen statt: Schulaula, Plantagenstr. 16/17 (für Wedding), Schulaula, Vetersburger Str. 4 (für Prenzlauer Berg und Friedrichshagen), Schulaula, Treppenbachstr. 60 (für Kreuzberg). Tagesordnung in allen Versammlungen: Die Not des proletarischen Kindes! Redner sind bekannte parteigenössliche Pädagogen.

In der vom Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht veranstalteten Vortragsreihe sprechen am Donnerstag, den 27. März (heute), 7 1/2 Uhr, Herr Lehrererehrer Frede über die „Pädagogische Arbeit in der Gemeinshaft“ und Herr Busse über die „Gemeinshaft auf der halben Seite“.

Ein öffentlicher Vortrag des Professors Dr. Wilhelm Ostwald findet am 27. März (heute), abends 7 Uhr, im Lehrerbereinshaus, Alexandrinerstr. 41, statt über das Thema: „Die Farbe im Unterricht und der Unterricht in der Farbe“ mit anschließender Aussprache. Eintritt frei.

Naturkatastrophe in Süditalien.

Bisher etwa 150 Opfer.

Der nördlichste Teil des Südschiff an die Bucht von Neapel ist anfangs des Golfes von Salerno ist plötzlich von einer Naturkatastrophe, und zwar von einem Wolkenbruch von solcher Größe und solchem Ausmaße heimgesucht worden, daß fast mit jeder neuen Nachricht auch eine neue Schreckensstunde übermifst wird, ohne daß man zur Stunde sich ein vollständiges Bild von der ganzen Katastrophe und ihren Folgen machen kann. Bisher sollen nicht weniger als 150 Opfer, Tote und Verwundete, gezählt worden sein.

Am härtesten betroffen ist die sümale Halbinsel, an deren nördlicher Seite, am Meerbusen von Neapel, Sorrent und an deren südlicher Seite Amalfi liegen. Diese beiden Orie haben nach allen vorliegenden Nachrichten am schwersten gelitten, besonders aber Amalfi. Dieser Ort liegt in einer geradezu paradiesisch schönen Gegend. Auf der einen Seite das unbeschreiblich schöne Meer, auf der anderen Seite die hohen, bis an die Meeresufer heranreichenden Felsen. Infolge eines Wolkenbruches veränderte sich der Gebirgsbach der Feuerschlucht, an deren Öffnung Amalfi über die Klippen und Felsenterrassen zum Meer ansteigt, in eine Sturzflut, die vor allem das alte Kapuzinerkloster, das jegliche große Hotel hoch über der Stadt, mit voller Wucht traf. Das Hotel war stundenlang vollkommen abgeschnitten und unzugänglich, so daß man zuerst um die dort wohnenden Fremden — meist Deutsche und Amerikaner — die schimmlichen Befürchtungen hegte. In Amalfi sind mehrere Häuser eingestürzt. Die Vorstadt Positano ist vollkommen zerstört. Die Verbindungen sind unterbrochen. Fischerboote nahmen die Opfer auf. Die Zahl der Toten in Praiano und Furio wird auf über hundert geschätzt. Zu dem Unglück wird auch aus Neapel gemeldet, daß der Fluß Canale über seine Ufer getreten ist und bedeutenden Wasserschaden angerichtet hat. Infolge der Wasserfluten lösten sich Erdmassen und zerstörten die etwa 30 Kilometer lange Küstenstraße und die an ihr liegenden Gebäude, in der Hauptsache Hotels. Der noch immer herrschende Sturm erschwerte die Rettungsarbeit für die Bevölkerung Amalfis und Umgegend sehr. Ein Dampfer ist mit Lebensmitteln nach Amalfi abgegangen. In dem vom Unglück betroffenen Ortsteilen befanden sich zahlreiche Touristen, in der Hauptsache Deutsche und Amerikaner.

Aus Rom wird weiter gemeldet: Nach Blättermeldungen sind dem Erdbeben, der Amalfi und Umgegend heimgesucht hat, in Beticca siebzig, in Positano fünfzehn und in Praiano zehn Personen zum Opfer gefallen. Nach den bisher vorliegenden Nachrichten scheinen keine Fremden unter den Opfern zu sein.

Schweres Dampferunglück im Kanal.

23 Mann vermißt.

Ein folgenschwerer Zusammenstoß zwischen einem deutschen und einem japanischen Dampfer hat sich gestern in Folge des Nebels in der Nähe von Dungeness ereignet. Wie aus Condon gemeldet wird, stieß dort der deutsche Dampfer „Helmdal“ mit dem japanischen Dampfer „Tosuku-Mari“ zusammen. Das japanische Schiffsingelocunter 23 Mann seiner Besatzung werden vermißt, 15 fonten von dem „Helmdal“ an Bord genommen werden. Der „Helmdal“ ist in ziemlich beschädigtem Zustande in Dover eingelaufen.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

19. April, 12-13. Ubr. Pankow. Montag, 31. März, 7 1/2 Uhr. Total Berliner Str. 41. Einberufung, Frauenabend. Bestimmtes Organisations- und Erziehungswort.

19. April, 12-13. Ubr. Pankow. Montag, 31. März, 7 1/2 Uhr. Total Berliner Str. 41. Einberufung, Frauenabend. Bestimmtes Organisations- und Erziehungswort.

19. April, 12-13. Ubr. Pankow. Montag, 31. März, 7 1/2 Uhr. Total Berliner Str. 41. Einberufung, Frauenabend. Bestimmtes Organisations- und Erziehungswort.

Gewerkschaftsbewegung

Die ertappten Verbrecher.

Die „Kote Fahne“ bemüht sich vergebens, die Tatsachen wegzulugeln. Wir haben in unserer gestrigen Abendausgabe festgestellt, daß die kommunistischen Funktionäre des Zentralverbandes der Angestellten, die sich jetzt gewerkschaftlich haben, den bekannten Revers (Einhaltung der Statuten und Verbandsbeschlüsse, Anerkennung der Amsterdamer und Ablehnung der Moskauer Internationale) zu unterschreiben, einen gleichlautenden Revers bereits früher unterschrieben haben. Sie sind dann auch in ihren Aemtern beschäftigt worden. Kein Mensch dachte daran, sie wegen ihrer politischen Gesinnung zu maßregeln oder minderen Rechts zu erklären. Kein Mensch denkt auch heute daran, kommunistische Mitglieder zu maßregeln, nur weil sie Kommunisten sind.

Was heute verlangt wird und bisher immer verlangt wurde, ist die strikte Anerkennung der Statuten, die Einhaltung der Beschlüsse, die Bekämpfung aller Einrichtungen, die sich gegen die Gewerkschaften richten. Wer diese Forderungen, die doch nur eine Selbstverständlichkeit sind, anerkennt, ist im ZdA heute wie gestern vollberechtigtes Mitglied und Verbandsfunktionär. Kein einziger Verbandsfunktionär, der heute noch zu seinem bereits gegebenen Wort steht, ist gemahregelt worden. Kein einziges kommunistisches Mitglied ist wegen seiner Parteizugehörigkeit ausgeschlossen worden. Von den etwa 200 Angestellten des ZdA in Berlin haben im ganzen drei Angestellte die Unterschrift unter den Revers verweigert. Diesen galt der Befehl von Rostau, die Gewerkschaften zu verlassen, mehr als die gewerkschaftliche Einheit. Warum haben die drei Angestellten, die jetzt den Revers zu unterschreiben sich weigern, ihn früher unterschrieben? Die „Kote Fahne“ sucht sich herauszureden, indem sie behauptet, daß der damalige Revers eine Erpressung schälimsten Grades darstellt.

Also wenn man von einem Funktionär einer Gewerkschaft verlangt, er müsse sich verpflichten, die Statuten, Beschlüsse und die Einheit der Organisation nach innen und außen zu vertreten, so ist das „Erpressung“. Schön. Was ist es aber, wenn jemand diese Verpflichtung eingeht, aber sie einzuhalten verweigert? — Und warum haben die drei kommunistischen Angestellten früher diese Verpflichtung übernommen und weigern sich heute, die Statuten und Verbandsbeschlüsse in allen ihren Konsequenzen anzuhängen?

Weshalb man ihnen bisher von der KPD freie Hand ließ, während sie heute Anweisung haben, die deutschen Gewerkschaften zu spalten. Die Kursänderung kam von Rostau. Revers ist tot, Trotski kaltgestellt, Sinowjew beseitigt. Dementsprechend hat sich auch die KPD umgestellt. Die Brandler, Hedert, Hölzheimer, Roemen usw. abgelöst; Schölen und Kuhl Fischer triumphierten. Früher war die Parole: „Einheitsfront“. Jetzt lautet sie: „Gründung von Industriearbeiterorganisationen“, das heißt praktisch nichts anderes als Spaltung der deutschen Gewerkschaften.

Im ZdA glaubte man so weit zu sein, um es darauf ankommen zu lassen. Alle Vorbereitungen zur Spaltung waren getroffen. Am Dienstag erfolgte die Mitteilung vom Hauptvorstand und bereits am selben Dienstag fand laut Bericht der „Kote Fahne“ eine Versammlung der oppositionellen Generalversammlungsdelegierten statt. Die „Kote Fahne“ sagt zwar nicht, wieviel Delegierte anwesend waren, sie teilt aber den dort gefassten Beschluß mit. Es wurde eine Kommission gewählt, die mit der organisatorischen wie agitatorischen Führung des Kampfes bis zu den äußersten Konsequenzen beauftragt wurde. Das ist die offene, wohlkoordinierte Spaltung. Diese Kommission macht sich an, für morgen, Freitag, eine „allgemeine ZdA-Mitgliederversammlung“ einzuberufen.

Wer spaltet also? Wer gibt parteigegnerisch vor? Wer betreibt „Erpressung schälimsten Grades“? Die Mitglieder des ZdA werden auf diesen angekündigten kommunistischen Schwindel nicht hereinfallen. Dem Hauptvorstand des ZdA kommt das Besondere zu, die Verbrecher bei der Spaltung gestört und ertappt zu haben.

Kommunistische Bienenstrichtaktik.

Halle, 27. März. (Eigener Drahtbericht) Die kommunistische Partei sucht nun auch im Bezirk der Anilin- und Farbwerke von Leuna eine Streikwelle hervorzurufen. Offenbar in Anlehnung an die Ludwigsfelder Vorgänge wurden in den letzten Tagen in Halle, Zimmendorf, Merseburg, Weißenfels und anderen Orten, wo die Leuna-Belegschaft verhältnismäßig stark vertreten ist, sogenannte „Massenversammlungen“ veranstaltet, in denen man Entschließungen annahm, die zur sofortigen Arbeitsniederlegung und Produktionsabschottung aufforderten. Die Arbeitererschaft steht den verzweifelten Bemühungen der Kommunisten aber auffallend kühl gegenüber. Immerhin ist es auf diese Treibereien zurückzuführen, daß in der Sulphatlaugefabrik fünf Betriebsmotoren in den letzten zwei Nächten mit Sand und Kieselsteinen ganz oder teilweise unbrauchbar gemacht wurden. Die Folgen dieses wahnwichtigen Vorgehens haben natürlich die Arbeiter zu tragen. Zu der ganzen Angelegenheit ist noch zu bemerken, daß das Leunawerk das einzige chemische Werk im mitteldeutschen Bezirk ist, das auf Grund einer Abstimmung unter der Belegschaft noch den Neunstundenarbeitstag behalten hat. Diese Abstimmung ist dem energischen Verhalten des Betriebsrats zu verdanken. Im Gegensatz dazu hat man in den Bitterfelder Werken längst eine längere Arbeitszeit, weil die dortigen rein kommunistischen Betriebsräte nichts gegen diese Arbeitszeitverlängerung getan haben.

Wenn die Kommunisten jetzt in den Leunawerken dazu übergehen, Sabotage zu treiben, dann beweist das zunächst, wie sehr sie mit ihrer idiotischen „Kampftaktik“ auf dem Hund sind. Einst waren die Leunawerke eine kommunistische Hochburg und das Kampfbüro des mitteldeutschen Aufstandes traurigen Andenkens. Die KPD hat dort die Arbeiter solange ausgepöbelt, bis ihnen die Lust ausging. Jetzt haben sie wenigstens, dank der Festigkeit unserer Genossen, die dort sich nur mit Mühe als Rindvieh behaupten konnten, den Neunstundentag, während die braven Kommunisten in Bitterfeld zehn Stunden schufteten. Nur dort, wo die Kommunisten nichts zu sagen haben und nie eine Bedeutung erlangt hatten, ist der Achtstundentag uneingeschränkt aufrechterhalten.

Was nun die Sabotage betrifft, diese charakteristische Taktik gewerkschaftlicher Ohnmacht, die aus Zeiten stammt, als die unorganisierte und unwissende Arbeiterchaft die Maschinen zerstörte, die sie als ihren Feind betrachtete, so kann man sie mit jener Taktik der Bienen vergleichen, die, indem sie stechen, auch an den Folgen sterben. Ganz abgesehen von den schweren strafrechtlichen Folgen einer solchen Handlung, haben die wirtschaftlichen Folgen dieser Zerstörungen immer die Arbeiter zu tragen. Moralisch hat aber in den Augen der Masse immer der verpielt, der einfach zerstört, weil er zu ohnmächtig oder zu feige ist, am hellen Tage seine Sache zu verteidigen. Und wer nicht vermag, die Masse zum Kampf zu scharen, sich hinterhältig aber aufs Sabotieren verlegt, der ist von vornherein verloren.

Die Lohnverhandlungen im Buchdruckgewerbe gescheitert.

Gestern trat in Berlin die zentrale Lohnkommission für das Buchdruckgewerbe zusammen, um zu dem bis zum 28. März geltenden Lohnabkommen Stellung zu nehmen. Von den Vertretern der Arbeiter wurde eine Erhöhung des tariflichen Spitzenlohnes von 27 auf 35 M. pro Woche beantragt. Diese gerechte Lohnforderung zu begründen, hielt bei den gegenwärtigen Wirtschaftsverhältnissen und der im allgemeinen günstigen Lage im Buchdruckgewerbe nicht schwer. Die Unternehmervertreter lehnten jedes Entgegenkommen kurzerhand ab und verlangten die Zustimmung der Arbeitervertreter zur Verlängerung des Lohnabkommens bis zum Ablauf des Kantalaris, dem 31. Mai 1924. Darauf konnte sich die Arbeitervertretung nicht einlassen. Nach kurzen gegenläufigen Erklärungen folgte der Abbruch der Verhandlungen. Die Organisationsleistungen werden sich noch darüber schlüssig werden, welche Wege sie einschlagen, um den Arbeitern eine gerechte Entlohnung zu sichern.

Aufbau im Buchbinderverband.

Die Verwaltungsstelle Berlin des Verbandes der Buchbinder und Papierarbeiter erlebte in ihrer ersten Jahresversammlung nach der Abplittierung der Oppositionsgruppe eine umfangreiche Tagesordnung. Zur Ergänzung des gedruckt vorliegenden Geschäftsberichtes führte Kaspar aus, daß die Festigung der Wahrung dem Verbandsleben in jeder Beziehung wieder feste Formen gebe. Beinahe die Hälfte der Mitglieder sind noch arbeitslos, was eine starke Belastung bedeute. Die Zusammenarbeit im Graphischen Kartell war nicht immer befriedigend, doch zeigt sich auch hier eine Besserung. Die von den ausgeschlossenen Mitgliedern ins Leben gerufene Sonderorganisation hat bisher vergeblich versucht, in ein Vertragsverhältnis mit den Arbeitgebern zu kommen. Die dabei angewandte Taktik ist durchaus „reformistisch“. Täglich melden sich enttäuschte Nachläufer zur Wiederaufnahme in den alten Verband. Die Kommunisten haben nicht vermocht, den Verband aus seiner Position heraus zu drängen. Alles Geschrei darüber ist Bauernfängerei. Redner schließt mit einem Appell an die Delegierten zur intensiven Mitarbeit an der bewährten Organisation.

Der Kassierer Bytomski kündigte die Wiedereinführung der Arbeitslosenunterstützung ab 1. Juli an. Eine Beitragserhöhung zum 1. April wird dem Gesamterband die notwendige finanzielle Rückendeckung für seine Aufgaben geben.

Die Diskussion bewegte sich seit langer Zeit wieder in den Formen, die für eine soziale Arbeit im Interesse der Mitgliedschaft Voraussetzung sind. Neben dem Unmut über das Treiben der Gabel und Konforten kam der Wille zum Ausdruck, in jähher Aufbaubarbeit die Zahlstelle auf ihrer Höhe zu erhalten und ihr neue Mitglieder zuzuführen.

Im Verlauf der Versammlung wurde ein Protest gegen die Härten des § 5 der Verordnung über die Gewährung von Erwerbslosenunterstützung an Jugendliche beschlossen. Die Preisverwaltung wurde mit der Weiterleitung des Protestes an den DGB beauftragt. Zur Unterstützung der Arbeitslosen für das Osterfest wird eine Sammlung veranstaltet. Ein Antrag, 2000 Verbandszeitschriften aus Mitteln der Zahlstelle wenigstens in den Werkstätten zu verteilen, wird einstimmig angenommen. Die Generalversammlung beschloß ferner Statutenänderungen, die in Zukunft ein reibungsloses Arbeiten des Organisationskörpers gewährleisten sollen. Als zweiter Vorsitzender wurde zum ersten Male eine Frau gewählt. Von der Mitarbeit der Genossin Schreihardt verspricht sich gerade die weibliche Mitgliedschaft viel Ertragsreiches.

Der Verlauf dieser Generalversammlung zeigte auch hier, daß positive Gewerkschaftsarbeit geleistet werden kann, wenn der Wille dazu nicht fortgesetzt durch berufsmäßige Wähler sabotiert wird.

Ausperrung in der englischen Schiffbauindustrie.

Die Arbeitnehmer der englischen Schiffbauindustrie wurden gestern nachmittag ausgeperrt, weil die 6000 Streikenden der Werften Southampton seit vier Wochen die Arbeit verweigert haben. Von der Ausperrung werden 100000 Arbeiter betroffen. Die Ausperrung soll jedoch nach einer späteren Reibung erst am Dienstag in Kraft treten.

Der Streik auf den Sechschiffswerften bzw. die Ausperrung, die vor vier Wochen erfolgte, dauert unverändert an. Der Reichsarbeitsminister, dem die Beilegung des Hofmarbeiterstreiks gelang, will sich am Sonnabend nochmals nach Hamburg begeben, um nach informatorischen Besprechungen mit den Parteien, auch in dem Streik auf den Sechschiffswerften eine Einigung herbeizuführen.

Deutscher Verleger-Verband. Die Geschäftsstelle des Bezirks X, Steinhilberstraße 30, ist am Freitag von mittags 2 Uhr ab geschlossen.

Brennmaterial für Kohlen: Groß-Kreuzer, Glührohr, Atlas, Gekörnung, Gewerkschaftsbedarf, N. Kalken, Metallwaren, A. S. Döbner, Kollapen und Confignes, Preis-Karstadt, Wagners, Th. Glöckner, sämtlich in Berlin. Verlag: Fernwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Fernwärts-Verlag und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 61, Lindenstraße 2.

Bären-Stiefel

Wandersport-Stiefel

ca. 1000 Paar starke Strapazierstiefel, auch für andere Zwecke 11,50 u. 13,50 Mk. Mein Riesenslager vom einfachsten geeignet, für Sportarten zu sehr günstigen Preisen bringe ich in Erinnerung.

Hans Bähr, Spittelmarkt 7 (vor der Brücke) :: Kommandantenstr. 87.

Möbel Müller!

Berlin C., Alexanderstr. 31. Tel. 4pt. 1773
Speisezimmer, Herrenzimmer
Wohn- und Schlafzimmer, sowie
Einzelmöbel ab Fabrik zu billigst. Preis.

Berliner Elektriker-Genossenschaft

angeseh. dem Verb. sozialer Baubetriebe
Berlin N 24, Elsässer-Str. 86-88
Fernsprecher: Norden 1198
Herstellung elektr. Licht-, Kraft- und Signalanlagen · Verkauf aller elektrischer Bedarfsartikel · Ausführung sämtl. Reparaturen · Preiswerte, gediegene Arbeit



was

MUSIK-SCHOLZ

seit 1899-25 Jahren-1924 leistet

Musikalien / Instrumente / Saiten
Grammophone / Platten / Pianos
Radio-Empfangsapparate und Bestandteile.

Alexander 4180

Hauptgeschäft: Frankfurter Allee 337 Ecke Tilsiter Str.
I. Zweiggeschäft: Große Frankfurter Straße Rose-Theater
II. Zweiggeschäft: Frankfurter Allee 267 am Ringbahnhof

Rheumatismus

Gicht, Ischias, Nerven- und Erkältungsschmerzen sind sofort durch ein Naturprodukt Electricium beseitigt. Electricium ist ein natürliches, durch die Natur hergestelltes Mittel, das die Schmerzen sofort beseitigt. Man nehme nur „Electricium“. In Drogerien und Apotheken erhältlich, wo nicht, durch Otto Reichel, Berlin 41, 50, Emslandstr. 4.

Wussten Frauen
in „Frauenwelt“
Eine Halbmonatsschrift
mit farbigem Umschlag,
vielen Bildern im Text,
Unterhaltung u. Kurzweil
und fesseln Klauen
dem Frauen zum Schminke!

Für 30 Pfennig das Heft
besorgt es
jede Ausgabestelle und jede
Botenfrau des „Vorwärts“

Achtung beim Einkauf!

Es ist erreicht!

Der Gipfel der Leistungsfähigkeit!

Meine heutigen Angebote:

Herren-Anzüge haltbare Stoffe . . . 50, 55, 58, 60	16 ⁰⁰	Frühjahrs-Ulster Homespun, Talleau, u. Schlüfer 79, 85, 95, 100	22 ⁰⁰
Herren-Anzüge wollene Stoffe . . . 70, 80, 90, 100	35 ⁰⁰	Sport-Anzüge Homespun und Kammergarn, mit Brechen-Hosen . . . 70, 80, 90, 100	23 ⁰⁰
Maß-Anzüge beste Verarbeitung 150, 120, 110	85 ⁰⁰	Manchester-Anzüge Körper-Velvet . . . 65, 70, 80	30 ⁰⁰
Gummimäntel aus Batist, Körper, Covercoat usw. 30, 35, 40, 45	14 ⁰⁰	Breeches Buckskin, Loden, Manchester, Cord, Gabardine 21, 17, 14, 8, 5	37 ⁵⁰

durch Anzahlung. Angezahlte
Waren werden kostenlos
bis Ostern aufbewahrt.

Kauf erleichtert

Berufs-Kleidung enorm billig! Knaben-Anzüge fabelhaft billig!

Hugo Simon

SPEZIALHAUS FÜR ERSTKL. HERREN-KLEIDUNG

133 CHARLOTTENBURG 133

Wilmersdorfer Str. 133
an der Bismarckstraße.

Achtung beim Einkauf!

Allgemeiner Feuerbestattungs-Verein zu Berlin E. V. Gegr. 1921. Hauptgeschäftsstelle W15, Uhlandstr. 42

Fernsprecher Uhland 2173 / Postcheckkonto Berlin 117970 / Kassenstunden 9-2 Uhr, Freitags 9-5 Uhr.

Monatsbeitrag von 30-75 Jahre einhelllich 50 Pfennig. Nach 20 Jahren beitragsfrei. Personen von 4 bis 19 Jahre halbe Beiträge. Aufnahmegebühr: bis 45 Jahre: 1.- Mk., bis 50 Jahre: 2.- Mk., bis 55 Jahre: 3.- Mk., bis 60 Jahre: 4.- Mk., bis 65 Jahre: 5.- Mk., bis 70 Jahre: 6.- Mk., bis 75 Jahre: 7.- Mk. Personen über 60 Jahre werden nur in der Hauptgeschäftsstelle aufgenommen. Wir sind in der Lage, Mitglieder anderer Feuerbestattungsvereine beim Uebertritt in unsern Verein schon nach 8 Wochen Karenzzeit kostenlose Bestattung zu gewähren, sobald dieselben dort 1/2 Jahr Mitglied waren, und werden in solchen Fällen bis zum 45. Jahre keine und bis zum 54. Jahr halbe Neuaufnahmegebühren erhoben.

Personen bis 54 Jahre nach 9monat. Mitgliedschaft kostentfreie Bestattung, bei Unfällen sofort. Darunter versteht unser Verein: Vorschriftsmäßiger dekoriertes Sarg mit Innenausstattung, Einzelüberführung nach dem Krematorium mit eigenem Spezialglaswagen nebst Begleitern, die amtserärztlichen Atteste, Orgelpiel in der Halle und Blumendekoration, — für Mitwirkung eines beamteten Geistlichen werden die Kosten bis 5.- Mark vergütet, desgl. für Redner —, die Einäscherung, Aschenkapel, Beisetzung derselben und die Stelle. Für Mitglieder, welche beim Ableben dem Verein noch kein Jahr angehören, übernimmt der Verein die Vermittlung; die anderen Selbstkosten tragen die Hinterbliebenen.

Der Vorstand, C. Breitenfeldt